

Antrag 92/I/2026**AG 60plus Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einrichtung kommunaler Medizinischer Versorgungseinrichtungen (MVZ) in Berlin**

- 1 1. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Ber-
2 lin zusammen mit seinen Bezirken die rechtlichen
3 Möglichkeiten zur Gründung und zum Betrieb Me-
4 dizinischer Versorgungszentren (MVZ) in kommuna-
5 ler Trägerschaft nach § 95 SGB V konsequent nutzen.
6 Die kommunalen MVZ sollen vorrangig als Integrier-
7 te Gesundheitszentren betrieben werden
- 8 2. Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den
9 Bezirken, der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin
10 und den landeseigenen Krankenhäusern ein Kon-
11 zept zur schrittweisen Errichtung kommunaler MVZ
12 als integrierte Versorgungszentren prioritär in von
13 Unterversorgung betroffenen oder bedrohten Be-
14 zirksregionen zu erarbeiten.
- 15 3. Kommunale MVZ sollen insbesondere
16 • die hausärztliche und fachärztliche Grundver-
17 sorgung in benachteiligten Bezirksregionen si-
18 chern,
19 • medizinische Versorgung, Pflege, andere an
20 der Krankenversorgung beteiligte Profession-
21 en und Beratung bündeln
22 • neue, familienfreundliche und teamorientier-
23 te Arbeitsbedingungen für Ärztinnen, Ärzte
24 und andere Gesundheitsberufe schaffen,
25 • die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern,
26 Pflegeeinrichtungen, Prävention und sozialen
27 Diensten stärken und
28 • eine nicht renditeorientierte, am Bedarf der
29 Bevölkerung ausgerichtete ambulante Versor-
30 gung gewährleisten.
- 31 4. Der Senat wird aufgefordert, die notwendigen
32 rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen
33 zu schaffen, um kommunale MVZ als integrierte Ge-
34 sundheitszentren aufzubauen und dauerhaft zu be-
35 treiben.
- 36 5. Das Land Berlin soll sich auf Bundesebene dafür ein-
37 setzen, Hürden für die Gründung kommunaler MVZ
38 abzubauen und die Rolle der Kommunen und Länder
39 bei der Sicherstellung der ambulanten Versorgung
40 zu stärken.

Begründung

44 Die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortna-
45 hen und qualitativ hochwertigen ambulanten medizi-
46 nischen Versorgung ist zentrale Aufgabe der öffentli-
47 chen Daseinsvorsorge und ergibt sich aus dem verfas-
48 sungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip. In etli-

49 chen Berliner Bezirksregionen bestehen oder drohen Ver-
50 sorgungslücken durch Ärztinnen- und Ärztemangel, Pra-
51 xisaufgaben und die Konzentration renditeorientierter
52 Ketten-MVZ auf lukrative Standorte und Leistungen.

53

54 Seit dem GKV-Modernisierungsgesetz 2004 sind Medizi-
55 nische Versorgungszentren als kooperative Einrichtungen
56 der vertragsärztlichen Versorgung gesetzlich verankert;
57 mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz 2015 wurden
58 Kommunen als regelhafte Träger ausdrücklich zugelassen
59 (§ 95 SGB V). Kommunale MVZ ermöglichen es Städten
60 und Gemeinden, aktiv Verantwortung für die ambulante
61 Gesundheitsversorgung zu übernehmen, Versorgungslü-
62 cken zu schließen und eine nicht renditegetriebene, am
63 Gemeinwohl orientierte Versorgung sicherzustellen.

64

65 Beispiele wie das Gesundheitszentrum Baruth/Mark in
66 Brandenburg zeigen, dass kommunale MVZ eine tragen-
67 de Säule der wohnortnahen Versorgung sein können. Sie
68 sind Vorbilder für andere Kommunen.

69

70 Kommunale MVZ sollen gezielt dort etabliert, wo die
71 Kassenärztliche Vereinigung ihren Sicherstellungsauftrag
72 nicht ausreichend erfüllt, Unterversorgung besteht oder
73 Unterversorgung droht. Kommunale MVZ können attrak-
74 tive Arbeitsbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte,
75 interdisziplinäre Versorgung „unter einem Dach“ und ei-
76 ne bessere Vernetzung mit Prävention, Pflege und sozialer
77 Infrastruktur schaffen.

78

79 Mit diesem Antrag stärkt die SPD Berlin die öffentliche
80 Verantwortung für Gesundheit, setzt ein Gegenmodell zu
81 renditegetriebenen Ketten-MVZ und bietet eine konkrete
82 Antwort auf den drohenden Ärztemangel in benachteilig-
83 ten Stadtteilen.